Reichs-Ausgabe

Preis 350 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 6. April 1923

Nr. 156/157 — 62. Jahrgang.

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moritzplatz 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis monatlich ohne Zustellgebühr 3000 Mk. Ausland 40 Mk. Anzeigenpreis: Grundzahl für 1 mm Zeile 1000 Mk. Ausland 40 Mk. Bei besonderen Schwierigkeiten Preis nach Tarif. Bei Zahlungsverzug oder Konkurs erlischt jeder Anspruch auf Lieferung oder Ersatz. Gerichtsstand Berlin. Postanschrift für Telegramme: Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder ähnlichen Ereignissen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen werden ohne Gewähr für Erscheinen in einer bestimmten Ausgabe oder an einem bestimmten Platz nach Tarif berechnet.

Nach Ostern.

Die Toten stehen auf, auch die politisch Toten. Der tote Kapp hatte sich, wenn man den Ausführungen der preußischen Staatsregierung folgt, ein wenig gerührt. Erzberger soll mit der Friedensfrage in den Rand neuerdings in deutschen Landen verschiedentlich gesehen worden sein. Man hatte glauben dürfen, daß der Gedanke, Frankreich von unserem Erfüllungswillen (im Rahmen der Leistungsfähigkeit) durch fortgesetzes Nachgeben überzeugen zu können, wirklich ganz tot sei in Deutschland. Aber unter dem Eindruck des Frühlingsfestes regt auch er sich wieder. In Sowjetrußland ist der unmittelnahe und kapitalfeindliche Gedanke durchaus tot, ebenso der Pazifismus in Deutschland. Auch hier: Frühlingserwachen. In Rußland hat der Bolschewismus sein besonderes Gebiet der Terror, die Gewaltherrschaft, die wirtschaftliche Willkür, die Produktionsdrosselung sind ins Grab gelegt — in Poincarés Frankreich und in Deutschland feiern sie frohe Auferstehung. Allgemeine Unruhe in den Gräbern; Napoleon schüttelt unruhig und dann jeden Augenblick erwachen. Sogar französische Seemannspolitik wagen sich zur Erheiterung der Angelsachsen aus Licht, und manch andere totgeglaubte und ehrlich begrabene Kräfte öffnen ganz leise und unbemerkt ihre Sargdeckel. Das Jahrhundert der Steuerehrlichkeit, das mit der Abnormität des Weltkrieges ohne jeden führenden Kopf begann — auch der Tiger war kein großer Geist, nur ein allerdings starker Exponent einer ungefunden Volkspsyche —, treibt dem Rätefrühling tote und totgeglaubte Kräfte entgegen: Hexenspäne anstatt Auferstehung!

Auf Rätefangschen pflegt die härkste Persönlichkeit zu entscheiden, nicht etwa die Richtigkeit irgendeiner Idee. Es wird Zeit, daß die Auferstehungskandidaten ihre Reisen und ihre Kassen musieren!

Der deutsche Gedanke hat unter dem Druck des unerhörten Zusammenbruchs unserer Nation ein paar Jahre im Grabe gelegen. Auch er rührt sich — gebe Gott, daß es hier wahre Auferstehung zu neuem stärkeren durchgeistigten Leben bedeutet und nicht wie bei jenen nur Leichenerweckung Gespenstern. Der deutsche Gedanke hat auch heute eine sehr einfache Formel: ein freies Deutschland aufbauender Arbeit. Dahinter muß sich jeder Deutsche und dahinter kann sich jeder Deutsche stellen. Mehr ist politisch nicht zu erreichen, weniger ist nicht länger zu ertragen.

Will man nicht die Diskussionen über das „Wie" endlich im stillen führen und nicht vor aller Oeffentlichkeit das Ausland?" Will man nicht endlich die einfache Belahung dieser einen Frage als das von allen Deutschen gemeinsam Anerkannte und als Antwort auf alle ausländischen Anfragen und Fühler hinstellen, den Rest aber unmäßig unter sich regeln? Wer aber innerpolitische Machtverhältnisse in dieser Zeit anwendet, soll sich darüber klar sein, daß er damit die Partei über das Vaterland stellt und daß jeder Spiel eines Tages auf den Schützen zurückspringt.

Hexenbesen oder Auferstehung . . . . . Es kommt darauf an, ob die Gespenster mehr Kraft aufbringen als der erwachende Scheintote. Glückauf Deutschland! Seemann.

14 Effenes Autopfer von hinten angeschossen!

Ueber die Art der Verletzungen bei den in den Krappschen Werken verletzten Personen erfahren wir von einer gut unterrichteten Persönlichkeit noch folgendes:

Von den 28 Schwerverletzten sind 11, wie bekannt, gestorben. An den übrigen 17 Schwerverletzten sind Kopf-, Brust-, Bauch-, Becken-, Ober- und Unterschenkelschüsse festgestellt worden. Die Franzosen haben, wie sich aus den Schenkelschüssen ergibt, keine Schreckschüsse abgegeben, sondern mit der Absicht, zu treffen, auf die Menge geschossen. Außer den Schußverletzten sind noch eine Anzahl von Quetschungen, Verstauchungen und Knochenbrüchen zu verzeichnen bei Personen, die bei der Panik zu Schaden gekommen sind. Unter den 11 Toten befinden sich fünf, die durch Schüsse von hinten getötet worden sind. Dies hat auch eine französische Kriegskommission unter dem Kommando eines Generalstabs festgestellt und protokollarisch aufgenommen. Die Kommission hat jedoch darauf verzichtet, die Verwundeten zu besuchen oder auch zu untersuchen. Unden Verwundeten, die inzwischen 17 Schußwunden trugen, sind 6 Schüsse von hinten festgestellt worden.

Die Mörder suchen nach Ausflüchten.

lr. Elberfeld, 5. 4. (Eigenbericht.) Ein französisches Flugzeug warf gestern nachmittag hier Flugblätter ab, in denen versucht wird, die Schuld an dem Essener Blutbad der Firma Krupp zuzuschieben. In dem Flugblatt lautete es u. a.: Arbeiter! Um die Besatzungsbehörden daran zu hindern, fünf Automobile zu requirieren, hat die Krupsche Fabrikleitung die Arbeiter gegen die Duisburg französischen Soldaten aufgehetzt. Für den Verlust an Toten ist Krupp allein verantwortlich. Die Requisition konnte ohne Aufsehen und ohne Störung vor sich gehen. Deutscher Arbeiter! Der Hauptmitschuldige Herr ist kein wahrer Freund!

Auslandspende für die Ruhrkämpfer.

Valparaiso, 5. 4. (W. T. B.) Der hiesige Verwaltungsausschuß der deutschen Sammlung hat dem deutschen Reichskanzler den Betrag von 7500 amerikanischen Dollar für die notleidende Ruhrbevölkerung übermittelt. Dieser Betrag stammt noch aus der Kriegszeit und sollte eigentlich für das Deutschland autonomme Ausmanderer hier im Lande Verwendung finden. Die starke und würdige Haltung aber, mit welcher das ganze deutsche Volk und besonders die Bewohner des Ruhrgebiets dem neuesten französischen Raubzuge begegnet sind, hat das Komitee veranlaßt, den vorerwähnten Betrag, unbeschadet anderer hier zum gleichen Zwecke veranstalteten Sammlungen für die Ernährung der Ruhrkämpfer, zur Verfügung zu stellen.

Um 4½ Uhr:
Doll. 21150, Pfunde 98375.
(Amtlicher Ver-Kurs-Stand: Dl. 1000,0.)

Die Massenverfolgungen der Eisenbahner.

Der „beschlagnahmte" Dampfkran.

Köln, 5. 4. (W. T. B.) Heute vormittag besetzten die Franzosen das Amtsgebäude des Betriebsamtes Neuwied. Die auf die Fernwirkung des Widerstandes der Eisenbahner gerichteten Massenverfolgungen nehmen zu, sind jedoch erfolglos. Es sind neue Verteilungen und Dienstwohnungen und bahneigenen Mietswohnungen erfolgt. In sechs Orten entziehen sämtliche Inhaber von Dienstwohnungen den Räumungsbefehl.

Köln, 5. 4. (Eigenbericht) Gestern vormittag erschienen französische Truppen auf den Werksanlagen der Deutschen Maschinenfabrik in Duisburg-Hochfeld und „beschlagnahmten" einen Dampfkran. Die Arbeiter und Angestellten legten unter Protest gegen diesen Eingriff in den Betrieb die Arbeit nieder. Die Franzosen versuchten den Kran fortzuschaffen.

Darmstadt, 5. 4. (W. T. B.) Rechtsanwalt Kaltmann in Mainz ist ausgewiesen worden. Man redet mit der Ausweisung Kaltmann von Eisenbahnern. Die von den Franzosen gestellte Frist zur Räumung ihrer Wohnungen ist heute früh abgelaufen.

Eine Anklage gegen Krupp?

London, 5. 4. Einer Düsseldorfer Meldung der „Daily Mail" zufolge dürfte Krupp von Bohlen und Halbach wegen Mitschuld an den Vorgängen in Essen von Samstabend von den französischen Behörden angeklagt werden. Diese behaupten, daß die Demonstration der Krupparbeiter gegen die französische Truppenabteilung, die Automobile beschlagnahmen sollte, vorbereitet gewesen sei. (!?)

Schwindelmanöver.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht) Die Ausdehnung der Besetzung bis nach Mannheim wird von der französischen Presse fast einigen Tagen auf verschiedene Weise zu rechtfertigen versucht. Heute melden die Blätter, daß die französischen Behörden in der Autofabrik von Benz einen Dieselmotor von 15 bis 20 000 Pferdekräften vorgefunden worden sei, ist durchaus unsinnig: sollte hier nicht ein Vorfesser bei der telephonischen Uebertragung vorliegt, sei bemerkt, daß Dieselmaschinen von derartig hoher Leistungsfähigkeit bisher noch nie gebaut wurden und auch voraussichtlich aus wirtschaftlichen Gründen niemals konstruiert werden. Im übrigen kommen Maschinen mit einer so großen Leistung für Unterseeboote überhaupt nicht in Frage. Die ganze Nachricht ist also offenbar wieder eine der bewußten Tendenzlügen.

Frankreichs Hegemoniegelüste.

Nitti rechnet mit den Imperialisten ab.

A. London, 4. 4. (Eigenbericht.)

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti veröffentlicht in der „Nall Mall Gazette" einen scharfen Artikel gegen die französische Ruhrbesetzung. Es sei kein Zweifel darüber möglich, daß die französische Politik zwei Ziele verfolge:

1. die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland, um es an Frankreich anzugliedern oder um darauf einen sogenannten autonomen Staat zu bilden, der unter französischer Kontrolle stehe.

2. Errichtung eines französischen Monopols über die gesamte Eisenindustrie Europas, indem Deutschland seiner reichsten Kohlenfelder beraubt wird und über das Ruhrgebiet eine vollkommene Kontrolle verhängt wird.

„Ich habe Gelegenheit gehabt," führt Nitti fort, „den Bericht einer französischen Militärkommission, datiert vom 28. Mai v. J., zu lesen, und bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß seit drei Jahren die wahren Ziele der französischen Politik sind. Das einzig vernünftige Programm wäre in einem industriellen Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich bestanden haben. Eine solche industrielle Verbindung wäre für beide Völker von gleichem Vorteil gewesen und würde ein Element des dauernden Friedens gewesen sein."

Aber die Führer der französischen Eisenindustrie hätten es sich in den Kopf gesetzt, Deutschland seiner Kohle zu berauben, um dadurch die Metallindustrie auf dem ganzen Kontinent zu monopolisieren. Es sei deshalb klar, daß die Ruhrbesetzung nicht zum Zweck hat, Deutschland zu pönigen, irgendeine Reparationssumme zu bezahlen. Frankreich wäre vielmehr durchaus bereit, alle seine Reparationsforderungen zu verzichten, vorausgesetzt, daß die Ruhrbesetzung ihm auf die Dauer seinen Ziele erreichen.

Ihre Zerstückelungspläne.

Ein neuer Pariser Versuchsballon.

London, 5. 4. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die augenblickliche kritische Lage im Ruhrgebiet zwinge die einflußreichen Kreise der politischen Führer in allen Zeitungen Europas, insbesondere in England und Frankreich, zu der Einsicht, daß eine baldige Lösung für das doppelte Problem der Reparationen und der Sicherheit gefunden werden müsse, um eine europäische Krisis vermieden werden solle. Die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung gewinne in amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten das englische Interesse an der künftigen Sicherheit Frankreichs begriffen. Französische Staatsmänner hätten inzwischen die in Betracht kommenden Fragen von einem weiteren und kaufmännischen Standpunkte betrachtet als bisher. — Der Berichterstatter gibt die in manchen französischen einflußreichen Kreisen „selbst einigen der höchsten", herrschende Auffassung, wie folgt, wieder:

1. Reparation: Die Gesamtentschädigung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und -lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwandt werden. Frankreich ernsthafte Mindestforderung für diesen Zweck betrage 26 Milliarden Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Ententemächte an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden sollen. Dadurch könne die Forderung Großbritannniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten beseitigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationsforderung auf Grunde dieses Planes etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industrielleuten müßten wesentliche Garantien geben, während Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Ueberwachung durch die Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein wesentliches Moratorium erhalten.

2. Sicherheit: Es würde eine insgesamt, jedoch rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes und anderer in der letzten Zeit auf dem rechten Rheinufer besetzter Gebiete durch Frankreich und Belgien stattfinden, vorausgesetzt, daß die deutschen Zahlungen und Lieferungen regelmäßig erfolgen. Außer der im Versailler Diktat vorgesehenen neutralen Zone würde keinerlei Sonderregime errichtet werden. Das westliche Rheinland würde jedoch ein Bundesstaat werden in derselben Art wie die Bundesstaaten Baden und Württemberg innerhalb des Deutschen Reiches. Der Zweck hierbei sei, die bisherige preußische Verwaltung zu beendigen. Diese Weltrheinische Republik wäre politisch, wirtschaftlich und administrativ einen integralen Teil des Reiches bilden; sie würde jedoch unter der Aufsicht des Völkerbundes entmilitarisiert werden. Deutsche Truppen dürften dort nicht gehalten oder rekrutiert werden. Außerdem würde das Deutsche Reich noch einen feierlichen Nichtangriffspakt mit den übrigen Mächten abschließen, vorausgesetzt in der Gestalt einer regionalen Vereinbarung zur Anwendung des Artikels 10 der Völkerbundsfassung.

Was das Saargebiet betreffe, so würde „das natürliche Verfahren" sein, es dem geplanten weitreichenden Staat innerhalb des Deutschen Reiches zu affimilieren, zugleich jedoch Frankreich das Recht zu der freuzigen Kohle fortbestehen zu lassen. Es werde jedoch für die sofortige Schaffung eines autonomen Saarstaates unter Aufsicht des Völkerbundes eintreten, falls dieser Anschlag auf Zukunft dieser Enklave durch Volksabstimmung nach Verlauf von 15 Jahren bestimmt werde.

Der Berichterstatter erklärt jedoch, daß die Einzelheiten eines solchen Planes ausgedehnter Prüfung erforderten, daß jedoch seine Grundsätze vielleicht zu einer ernstlichen und wohlwollenden Erwägung in England berechtigten.

★

Den Zweck dieser Darlegungen liegt auf der Hand: Man will versuchen, England für diesen französischen Plan gewinnen. Die hier aufgestellten Forderungen sind für Deutschland völlig unannehmbar! Frankreich will angeblich als Gegenleistung für die von uns zu übernehmenden Verpflichtungen die „Kaffeemühle" Rheinland zugeben. Dabei würde es jedoch fordern, daß Deutschland nicht nur seinen passiven Widerstand einstellt, sondern daß seine amtlichen und nichtamtlichen Persönlichkeiten im besetzten Gebiet mit den französisch-belgischen Vertretern zusammen arbeiten, daß dort, dieses fremde Regime unterstützen. Für welchen Zeitpunkt die Räumung der ersten Stadtteil zugesichert würde, läßt sich nicht sagen, jedenfalls aber würde Frankreich die Teilung einer ersten Zahlung zur Bedingung machen.

Die Deutschland nun im gegenwärtigen Augenblick nichts geboten hat, würde zunächst vom Beginn der Räumung nicht die Rede sein, Deutschland würde also vorläufig die von Frankreich und Belgien betriebene Ausbeutung des Ruhrgebietes zu dulden haben. Damit würde Frankreich das erreichen, was unser passiver Widerstand bisher verhindert hat. Dieser ist und bleibt unsere einzige Waffe, gegen sie sie einmal auch der Versuch aus der Hand verloren. Die übrigen „Sicherheitspläne", wie die Bezahlung der Ententeschulden an Amerika durch Deutschland und die „Autonomie" für das Saargebiet sind sämtlich unannehmbar wie die Ruhrideen der französischen Gewaltpolitiker.

Die hiesige königliche rumänische Gesandtschaft teilt uns mit, daß bei der heimatlichen Nachricht über die in der Presse verbreiteten angeblichen revolutionären Bewegungen in Rumänien vorliegt. Sie glaubt in der Lage zu sein, daß alle Meldungen als tendenziöse Erfindungen hingestellen zu können.

Ruhrkonferenz unter vier Augen.

Loucheur und Lloyd George.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht)

Die Reise Loucheurs nach London wird in den französischen Blättern auffallend wenig beachtet, erregt aber aufsehenerd in England größte Aufmerksamkeit. Das „Echo de Paris" berichtet, daß Loucheur die Oberfeiertage beim Besitzer des „Daily Telegraph" verbracht habe, daß er, wie bereits gemeldet, in Chequers mit Lloyd George eine längere Unterredung gehabt und ferner mit dem Schatzkanzler Baldwin gesprochen habe. Loucheur beabsichtigt, einige Tage in Cannes zuzubringen. Von seinen bisherigen Unterredungen mit englischen Persönlichkeiten erregt, wie das „Ladbogramm" berichtet, die Zusammenkunft mit Lloyd George die größte Aufmerksamkeit. Seine Flüchtungnahme mit dem früheren englischen Premierminister habe den Zweck, eine engere Zusammenarbeitzwischenbeiden Ländern vorzubereiten. Nach dem gleichen Blatt werde in gewissen Kreisen sogar behauptet, daß Lloyd George seine Rede im Unterhaus über die Ruhrpolitik nur deshalb aufgeschoben habe, weil er gewor sich mit Loucheur über die Ruhrfrage aussprechen wollte.

Englands „bestimmte Politik".

London, 5. 4. Viscount Novar, englischer Staatssekretär für Schottland, erklärte gestern im Laufe einer Rede in Edinburgh, die englische Regierung verfolge eine ganz bestimmte Politik, nämlich die, am Rhein zu verbleiben, um die englischen Handelsinteressen zu schützen und sich bereit zu halten, eine Vermittlung anzubieten, wenn der geeignete Augenblick gekommen sein werde. (?)

Die Stellung der englischen Arbeiterpartei.

London, 5. 4. (W. T. B.) Reuter meldet: Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Porthcawl (Wales), er sei fürzlich in Paris gewesen und habe feststellt, daß man dort angebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, des belgischen und des italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um gemeinsamschaften, unter gleichen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könnte. Es bestehe darauf, daß man einer Lösung des Ruhrproblems viel näher sei als vor drei Wochen. Die Arbeiterpartei bemühe sich, die englisch-amerikanische Zusammenarbeit mit Europa aufzustande zu bringen, nicht für militaristische und imperialistische, sondern für moralische Zwecke, damit Amerika, Großbritannien und andere Mächte eine großzügige europäische Politik einleiten könnten. Der Versailler Vertrag werde revidiert werden müssen.

★

London, 4. 4. Der von der Bergarbeiterunion im Mbondda-Tal angekrabte Streik, der mit der Weigerung einer Anzahl Arbeiter, der Organisation beizutreten, in Zusammenhang steht, hat heute begonnen. Sämtliche Gruben im Mbondda-Tal liegen still. 46 000 Arbeiter sind ausständig. Die Bergleute in Swansea und Südwales arbeiten wir gewöhnlich.

Eine Gruppe ausständiger Landarbeiter patrouillierte gestern in Norfolk unter Führung des Blatts „Die rote Fahne" durch Kingslynn. Wegen der Unruhen am Montag werden jetzt die Gruppen der Ausständigen von der Polizei begleitet. Die Farmer werden von der Polizei geschützt und sind mit Gewehren bewaffnet.

Eisenbahnkonferenz in Bonn.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht)

In Bonn soll heute eine wichtige Konferenz über die an der Ruhr zu ergreifenden Maßregeln, vor allem über die Frage der Eisenbahnverwaltung abgehalten werden, an der u. a. General Degoutte, der Präsident der interessierten Rheinlandkommission Tirard, der belgische Oberkommissar Rolland und der Vorsitzende der alliierten Ingenieurkommission teilnehmen. Tirard wird sich sodann, wie der „Petit Parisien" berichtet, am Freitag zu einer Zusammenkunft mit Minister Le Troqueur nach Düsseldorf begeben.

Wie Geheimrat Zechlin verhaftet wurde.

Ueber die Verhaftung des Vertreters der Reichspressestelle in Düsseldorf, Geheimrats Zechlin, erfahren wir noch folgende nähere Einzelheiten:

Ostersonnabend früh 7 Uhr erschienen vier französische Kriminalbeamte im Hotel Römischer Kaiser in Düsseldorf, wo Geheimrat Zechlin wohnte und fragten nach ihm. Da sie ihn nicht vorfanden, warteten sie. Um die Mittagsstunde kam Geheimrat Zechlin zurück und beauftragte den Pförtner, sein Gepäck in eine in der Nähe gelegene Wohnung zu schaffen, die er zu besitzen Beschlagnahme. Dann verließ er das Hotel, um sich in die Wohnung zu begeben. Die französischen Kriminalbeamten hatten sich inzwischen in dem Hotel verstellt und Geheimrat Zechlin, als er das Haus betrat. Sie untersuchten seine Koffer und verhafteten ihn darauf. Dann wurde er in das Gefängnis Düsseldorf Derendorf untergebracht. Dort befindet er sich zur Zeit noch.

Die Deutschenfresser in Aberdeen.

London, 5. 4. (W. T. B.) Reuter meldet: In Aberdeen kam es gestern zu ernsten Unruhen. Die streikenden Fischer suchten die Lastträger, die die von deutschen Fischdampfern herangeführten Fische abladen und zum Markte schaffen wollten, daran zu hindern. Als die Träger den Markt unter Polizeischutz erreichen wollten, wurden sie von mehreren tausend Ausständigen, die von ihren Frauen begleitet waren, mit einem Hagel von Fischeinsätzen empfangen. Die Polizei machte einen Angriff mit Knüppeln, während sie von den Fenstern der Nachbarhäuser mit Wurfgeschossen überschüttet wurde und zerstreute schließlich die Menge. Ein Polizist und ein Ausständiger wurden schwer verletzt.

Attentat auf den Sohn des Botschafters in Rom.

Der junge v. Neurath verwundet.

Rom, 5. 4. (Eigenbericht.)

Der Sohn des deutschen Botschafters Freiherrn von Neurath wurde, als er gestern vormittag im Garten der Botschaft mit seinem Hunde spazieren ging, von einer Kugel aus einem kleinkalibrigen Revolver in den rechten Unterarm getroffen. Nach ärztlicher Aussage dürfte er in acht Tagen geheilt sein. Die Polizei stellt Nachforschungen nach der Schuldigen an.

Der vor wenigen Wochen erfolgte Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom durch bewaffnete Räuber, die von ihren Schußwaffen bei ihrer Entdeckung Gebrauch machten und den deutschen Botschaftssekretär erheblich verletzten, ist noch in aller Erinnerung. Ob die neue Verbrechen gegen den Sohn des Botschafters damit in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist zunächst nicht erschöpfend, aber möglich. Wir erwarten, daß die italienische Regierung schleunigst sehr energische Schritte zum Schutze der deutschen Botschaft und ihres Personals ergreift und kein Mittel unversucht läßt, um diese unerhörten verbrecherischen Anschläge, die auf französische Mörder zurückgehen dürften, restlos aufklärt.

Frankreichs Fluchtpolitik.

Paris, 5. 4. (W. T. B.)

Marineminister Raiberti sprach sich einem Vertreter des „Petit Parisien" gegenüber über die Zukunft der französischen Marine aus und begründete sie für den Ausbau der Marine gestellten Forderungen.

Der Minister hob hervor, daß man ohne Marine keine auswärtige Politik treiben könne. Man müsse an Danzig (!), Memel (!), Konstantinopel, Smyrna, Alexandrette und an den Fernen Osten denken und sich fragen, ob man die Bestrebung der nationalen Interessen ohne Marine durchführen könne. Eine große Kolonialmacht könne ohne Marine nicht existieren. Die Aufrechterhaltung der Freiheit der Verbindungen zu Wasser sei für Frankreich eine Frage von Leben und Tod. Die französische Politik mache mit der Schaffung einer großen Marine erforderlich. Es genüge für Frankreich, eine moderne Marine zu besitzen, die, mit allen Vervollkommnungen der Wissenschaft und Technik ausgestattet, eine wollkommene Verbindung von Ueberwasserschiffen mit Unterseeboten und Wasserflugzeugen herstellen könne. Eine derartige Flotte sei nicht über eigs aber die finanziellen Möglichkeiten Frankreichs nicht.

340 russische Bauern hingerichtet.

Lemberg, 5. 4. (T. U.) Die Blätter melden aus Kiew, daß in der Ausgabe des Gouvernements Wolhynien, Schitomir, Bauernunruhen ausgebrochen seien, welche von den Bolschewisten blutig unterdrückt worden seien. Es sind 340 Bauern hingerichtet worden. Das Urteil wurde sofort vollzogen.

Das türkische Alkoholverbot.

Paris, 4. 4. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist den alliierten Oberkommissaren der bereits gemeldete Beschluß der türkischen Regierung mitgeteilt worden, in Konstantinopel das Verbot alkoholischer Getränke durchzuführen. Das Militärgouvernement in Konstantinopel werde heute mit dem interimistischen Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, General Mombelli, den Verbrauch alkoholischer Getränke durch die alliierten Truppen in einzelnen regeln. Man nehme an, daß die alliierten Oberkommissare Einspruch erheben werden.

Vertagung des japanischen Parlaments.

Das allgemeine Wahlrecht zum viertenmal abgelehnt.

London, 5. 4. (Eigenbericht)

Nach Meldungen aus Tokio ist die 46. Session des japanischen Parlaments am 31. März geschlossen worden. Die Tagung verdiente darum besonderes Interesse, weil das seit Juni 1922 im Amte befindliche Kabinett Kato zum ersten Mal Gelegenheit fand, seine Politik vor den parlamentarischen Körperschaften zu vertreten. Es hat, wie zu erwarten war, nicht an heftigen Angriffen der Opposition gefehlt. Im Abgeordnetenhaus kam es mehrfach zu tumultuösen Szenen, bei denen die Abgeordneten die Sitzungen unterbrachen. Auch im Herrenhaus wurde einmal durch eine Skandalszene das Debatten nicht gemahnt.

Unter den angenommenen Gesetzen befindet sich die Einführung der Geschäftsmonopolsteuer im Justizwesen, die Revision des Einkommensteuergesetzes, wobei der britische Finanzsatz vom Jahre 1922 als Muster gedient hat, und andere wichtige Gesetze über die Pensionen, vermehrte Zuschüsse für die Volksschulen und Festsetzung des Mindestalters für Kinder bei der Beschäftigung in der Industrie. Die Schiffsvermessungsriche werden erheblich erweitert und neu organisiert.

Das zerspliterte Parteiwesen ist es nicht zu Erfolgen der Oppositionsparteien kommen lassen. Das beziehe sich besonders auf das angestrebte allgemeine und gleiche Wahlrecht, das nunmehr zum viertenmal durch die Majorität der Seiyuukatpartei zu Fall gebracht wurde. Die Oppositionsparteien haben lange auf längere Debatten berechnet. Dagegen griff die Kenseikaipartei vornehmlich die Regierung auf außenpolitischem Gebiet und besonders heftig ist des Budgets an, wobei die Minister sogar der Korruption beschuldigt wurden. Ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung drang jedoch nicht durch.

Die letzten Tage der Session wurden beherrscht von der Forderung Chinas, den Vertrag vom Jahre 1915 aufzuheben, was die japanische Regierung strikte abgelehnt hat. Darauf hat sich die Spannung zwischen beiden Staaten wesentlich verschärft, was in einem streng durchgeführten Verbot der japanischen Banken an China zum Ausdruck gekommen ist.

Der heutige Stand der russischen Agrarfrage.

Von

Prof. Dr. Otto Auhagen.

II.*)

Die Räteregierung weiß, daß zur Gesundung des russischen Wirtschaftslebens die erste Vorbedingung die Hebung der Landwirtschaft ist. Eine Wiederherstellung der alten Gutsbetriebe kann als Regel nicht in Frage kommen. Dem würde sich in den meisten Fällen die Bauernschaft mit größter Hartnäckigkeit widersetzen. So sehr das Schicksal derer zu beklagen ist, die unter furchtbaren Umständen alten Familienbesitz ohne Entschädigung verloren haben, so werden diese sich doch in das Unabänderliche fügen müssen. Wollten die Emigranten bei einem politischen Umschwung auf ihre Güter zurückkehren, so würden sie Feinde finden, die sich am Anbang eines Bulkans wieder anbauen, der erfahrungsgemäß alle paar Jahre Feuer speit. Ganz anders machte die Räteregierung der Großbetrieb, nicht entbehren. Abgesehen von den Hoffnungen, die sie angeblich noch immer auf die Rätewirtschaften und Kommunen setzt, ist sie bestrebt, westeuropäisches Kapital heranzuziehen, um größere Territorien in dem noch dünn besiedelten Osten auf der Grundlage langjähriger Pachtkonzessionen mit allen Mitteln der modernen Technik kultivieren zu lassen; auch ist nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der Zuckerrübengüter nebst den benachbarten Zuckerfabriken an Ausländer vergeben wird. Weitaus die wichtigste Aufgabe aber ist die Hebung der bäuerlichen Wirtschaft. Der Bauer, der vor dem Kriege etwa 80 Prozent des landwirtschaftlichen Nutzlandes innehatte, besitzt heute 97 Prozent. Er ist also der eigentliche Träger der russischen Landwirtschaft. Die Regierung hat vielerlei Einrichtungen getroffen und viele Einrichtungen auch aus früherer Zeit übernommen, um den Bauern durch Wort und Beispiel über fortschrittliche Methoden zu belehren und ihn mit leistungsfähigeren Zuchttieren, verbesserten Saatgut, kräftigen Düngemitteln, Geräten und Maschinen zu versorgen. Es muß anerkannt werden, daß das System der technischen Förderung des Bauernstandes in der Theorie ausgezeichnet aufgebaut ist; einstweilen ist es jedoch für die meisten Orte nur ein Schema, dem infolge der Verarmung des Landes der tatsächliche Inhalt fehlt; auch macht es sich nachteilig geltend, daß die frühere politische Organisation (die Semstwos), die in manchen Gouvernements Hervorragendes leisteten, zerschlagen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Organe der Räteregierung verwandelt worden sind. Organisationen, in denen das Volk eigene Initiative entwickelte, waren der bolschewistischen Zentralgewalt unbequem. Im Laufe der Zeit dürften diese Schwächen aber mehr und mehr zurücktreten, und es wird vielleicht nicht lange dauern, bis auch das jetzige System zu sichtbaren Erfolgen führt.

Doch die Voraussetzung für die Wirksamkeit all dieser einzelnen Maßnahmen ist die Reform der Vorkriegszeit. Auch in dieser Beziehung hatte die Revolution viel Unheil gestiftet. Nicht nur, daß die Stolypinsche Agrarreform zum Stillstand gekommen war, großenteils wurde sie auch rückgängig gemacht. Sie war in erster Linie auf das Interesse der mittleren und größeren Bauern zugeschnitten und neben der der Masse der Zwergbauern unbeliebt. Die aus dem Dorfe abgesonderten Einzelhöfe mußten vielerorts zurückfehren, die Landsleichern mußten Land abgeben, neue Umteilungen wurden als bäuerliches Grundnotwendig; auch die Aufteilung der Gutsländereien bei hiergu Anlaß. So ging die Festigkeit des Besitzrechtes, wie sie die Stolypinsche Reform für Mitglieder von Bauernhöfen begründet hatte, wieder verloren. Erhobt wurde die Unsicherheit noch durch ein Gesetz aus dem Jahre 1919, das eine zwangsmäßige Ausgleichung des bäuerlichen Grundbesitzes im Rahmen des gesamten Reiches in Aussicht nahm. Diese Verhältnisse trugen zum Niedergange der Landwirtschaft in hohem Grade bei. Die Räteregierung hat ihren Fehler eingesehen. Durch zwei gesetzgeberische Akte des Jahres 1922, durch das Gesetz über die Arbeitslandnutzung vom 22. Mai und zusammenfassend durch den Bauernkodex vom 30. Oktober, hat die Landwirtschaft wieder eine feste rechtliche Grundlage erhalten und ist der Weg zum Fortschritt freigelegt worden.

Festgestellt wird allerdings an dem Grundsatz, daß der Boden Volkseigentum ist; Privateigentum an ihm gibt es nicht. Auch das Land, das seit unvordenklichen Zeiten einer Bauerngemeinde gehört, gilt als nationalisiert. Aber wenn er auch nicht Eigentum ist, so hat der Bauer doch ein festes Nutzungsrecht, noch dazu ein erbliches.

Während in den ersten Jahren die bolschewistische Gesetzgebung den bäuerlichen Individualbesitz als unwirtschaftlich und überlebt bezeichnete, wird nunmehr der Gemeinde das Recht zugesprochen, sich ihr Besitzrecht nach Belieben zu wählen. Sie kann an dem alten Gemeindebesitz festhalten; sie kann die „Kommune" oder andere kollektivistische Formen einführen; sie kann jedoch auch zum Individualbesitz, selbst zur Einzelbewirtschaftung übergehen. Es genügt, daß die Gemeinde dies wieder darf. Die Bauernschaft stimmert sich nicht darum, daß in bolschewistischen Schriften immer noch die Kommune als das Zukunftsideal gepriesen wird; nach allem, was aus Rußland zu hören ist, drängt sie sich in hellen Scharen zum Individualbesitz, und die Landmesser werden bei weitem nicht aus, um diesem Ansturm gerecht zu werden.

So ist die Agrarpolitik Moskaus hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirkung auf den Weg der Stolypinschen Reform zurückgekehrt, so sehr sich auch die Urheber der heutigen Reform gegen deren Identifizierung mit der früheren verwahren. Gewisse Unterschiede sind allerdings vorhanden. Weniger wichtig ist, daß die Kosten nicht wie früher vom Staate, sondern

*) I. Nr. 155/56 vom 3. 4.